Schloss-Stadt Hückeswagen, Bebauungsplan Nr. 76 „Gewerbegebiet West III“

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
1	Name und Anschrift ist der Verwaltung bekannt	14.03.2017	<p>1. Es wird angeregt, die Kennzeichnung nach § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB (Umgrenzung der für bauliche Nutzungen vorgesehenen Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind) für die Flst. 217, 219, 1449 zu entfernen. Das Gelände war früher mit einer Scheune bebaut, die vor rd. 45 Jahren niedergelegt wurde.</p>	<p>Zu 1. Auf Grundlage der chemischen Analysen aus den vorliegenden Baugrunduntersuchungen zu dieser Fläche von November und Dezember 2015 wurde die betreffende Fläche durch das zuständige Umweltamt als mit umweltgefährdenden Stoffen belastet eingestuft und war als solche im Bebauungsplan zu kennzeichnen. Im Auftrag der Hückeswagener Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG (HEG), wurde diese Teilfläche im Frühjahr 2017 nochmals überprüft. Die aktuellen Ergebnisse der chemischen Analytik zeigen, dass die nun ermittelten Werte deutlich von den damaligen Proben (BMP 5 niedriger pH-Wert 5,4) abweichen. Wie die aktuellen Untersuchungen zeigen, ist der Schadstoffparameter, der den niedrigen pH-Wert verursacht, nicht repräsentativ und der niedrige pH-Wert daher nicht extrapolierbar. Daher empfiehlt der Gutachter, den in der damaligen BMP 5 ermittelten pH-Wert für die Beurteilung gemäß LAGA TR Boden und Deponieverordnung nicht zu berücksichtigen und stattdessen die neu gewonnenen Werte aus den Proben (pH-Wert 8) anzunehmen. Demnach ist das Bodenmaterial in die Einbauklasse Z1.1 und in die Deponieklasse 0 einzustufen. Da auf dieser Teilfläche im Plangebiet keine Anzeichen für ein erhöhtes Schadstoffinventar im Untergrund vorliegen, empfiehlt der Gutachter, diese Fläche im Bebauungsplan als unbelastet zu kennzeichnen und diese Empfehlung unbedingt durch die zuständige Behörde bestätigen zu lassen.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
1			<p>2. Die sich im privaten Besitz befindliche z. Z. als Landwirtschaftsfläche festgesetzte Fläche soll private Grünfläche werden (abgesehen von einem 10 m breiten Streifen am südlichen Rand, der an die HEG verkauft werden soll).</p> <p>Ziel der Nutzung der privaten Grünfläche: Zaun Richtung Heidt und GE 1.5 und Pflanzung / Erhalt von Bäumen (Laubbäume, auch Obstgehölze). Auf der Grünfläche extensive Grünlandbewirtschaftung ohne Düngung, keine Errichtung von baulichen Anlagen, naturnahe Gestaltung, ggf. Pflanzung weiterer Obstbäume auf der Fläche.</p>	<p>Die Schloss-Stadt Hückeswagen folgt dieser Empfehlung. Im Rahmen der weiteren Entwurfsbearbeitung des Bebauungsplans entfällt die Kennzeichnung nach § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB für diese Teilflächen. Die aktuellen gutachterlichen Ergebnisse werden mit der zuständigen Umweltbehörde des Oberbergischen Kreis Gummersbach abgestimmt.</p> <p>zu 2. Eine Zielsetzung der landschaftspflegerischen Konzeption ist es, den bestehenden Offenlandcharakter und die bestehende landwirtschaftliche Nutzung auf den Flächen in der Nähe zur Ortslage Junkernbusch zu sichern. Die vom Eigentümer dargelegten Vorstellungen zur Nutzung der Grünflächen entsprechen dieser landschaftspflegerischen Konzeption. Daher wird der Anregung gefolgt und die betreffenden Flächen als private Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Grünland (extensive Bewirtschaftung)“ festgesetzt. Eine weitere Differenzierung der Festsetzungen für die Fläche, die zukünftig an die HEG verkauft werden soll, ist aufgrund der gleichbleibenden landschaftspflegerischen Zielsetzung nicht erforderlich.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
1			<p>3. An der südlichen Grenze zu den Baugrundstücken 1589 und 1590 soll auf der privaten Grünfläche die Möglichkeit geschaffen werden, dass dort entlang des Baugrundstücks eine befestigte Zufahrt angelegt werden kann auf einer Breite von 3 m und einer Tiefe von 45 m.</p>	<p>Zu 3. Zur Sicherung der Zugänglichkeit der Grundstücke wird ein Geh-, Fahr und Leitungsrecht in einer Breite von 3 m festgesetzt.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>
1			<p>4. Die Garage auf Flurstück 1588 steht z. Z. teilweise auf der nicht überbaubaren Fläche. Die textliche Festsetzung, dass Carports und Garagen außerhalb der überbaubaren Flächen unzulässig sind, sollte gestrichen werden, damit eine ggf. erforderliche Neuerrichtung einer Garage möglich wird.</p>	<p>Zu 4. Der Hinweis wurde geprüft. Die Festsetzung, dass Garagen und Carports außerhalb der überbaubaren Flächen nicht zulässig sind, wird nunmehr nur auf das bisher unbebaute Gebiet WA 2 angewendet. Somit wird dem Baubestand in den bereits vorhandenen Wohngebieten Junkernbusch und Kammerforsterhöhe und ihren geringfügigen Erweiterungen Rechnung getragen.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
2	Name und Anschrift ist der Verwaltung bekannt	03.04.2017	<p>Zum Bebauungsplanentwurf werden folgende Anregungen vorgetragen:</p> <p>Es wird darum gebeten, auf der Parzelle 1327 ein Geh-, Fahr und Leitungsrecht zu Gunsten des Gebäudes Kammerforsterhöhe 5 einzutragen. Die Baugrenze ist dementsprechend zu korrigieren.</p> <p>Es wird darum gebeten, die Geschossigkeit des Gebäudes Kammerforsterhöhe 5 auf der Parzelle 1808 auf das tatsächlich vorhandene Geschoss (eingeschossig) zu begrenzen. Eine Erweiterung in ein zweigeschossiges Gebäude ist aus technischen Gründen (Statik) nicht möglich.</p> <p>Da derzeit eine Geschossigkeit bzw. Höhenbegrenzung der Gebäude auf den angrenzenden Gewerbeflächen nicht eingetragen ist, werden sich weitere Anregungen hierzu vorbehalten.</p>	<p>Ein entsprechendes Leitungsrecht zugunsten der privaten Nutzer und Versorgungsträger wird im Bebauungsplan festgesetzt.</p> <p>Das Wohngebiet wird aufgrund des unterschiedlich möglichen Maßes der baulichen Nutzung entsprechend gegliedert. Die zulässige maximale Geschossigkeit wird auf ein Vollgeschoss begrenzt, die zulässige Geschossflächenzahl wird entsprechend auf 0,4 festgesetzt.</p> <p>Im Bebauungsplanentwurf werden die zulässigen maximalen baulichen Höhen der Gewerbeflächen auf Grundlage der Erschließungsplanung festgesetzt. Die Höhen werden derart festgelegt, dass sowohl den gewerblichen Erfordernissen als auch den Ansprüchen an das Orts- und Landschaftsbild ausreichend Rechnung getragen wird.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p> <p>Die Stellungnahme des Einwenders wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
2			<p>Ausweislich der textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplanentwurf sind auf dem südlich gelegenen Nachbargrundstück, dem Flurstück 1463, Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen vorgesehen. Hier sollen lebensraumtypische Sträucher innerhalb der Bauverbotszone (MA 2) zur B 237 angepflanzt werden. Entsprechend der <i>Pflanzenauswahlliste 2: Lebensraumtypische Sträucher</i> sind hier Sträucher vorgesehen, wie zum Beispiel der Haselnussbaum, der Wild-Apfelbaum oder der Faulbaum, die eine Höhe von bis zu 8,00 m erreichen können.</p> <p>Entsprechend dem Nachbarrechtsgesetz NRW vom 15.04.1969 sind diese Sträucher zum Teil in einem Abstand von 0,50 bis 1,00 m zur Nachbargrenze zulässig, was in der Vergangenheit regelmäßig zu Konflikten mit den angrenzenden Nachbargrundstücken führte.</p> <p>Es wird angeregt, diese Pflanzfläche erst in einem Abstand von 10 m zum Flurstück 1327 beginnen zu lassen, um eine Verschattung und Beeinträchtigung des angrenzenden Wohnbaugrundstücks zu vermeiden.</p>	<p>Der Anregung wird entsprochen und die Grenze der Pflanzfläche entsprechend geändert.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
2			<p>Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO zulässig, da im Bebauungsplanentwurf nichts anderes festgesetzt wurde. Dies führt dazu, dass im Baugebiet GE 1.2 b und GE 1.3 außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO und Stellplätze und Garagen nach § 12 BauNVO zulässig sind. Hier wird ein zu nahes Heranrücken von Gebäuden und Stellplätzen an das Wohngebiet WA 3 befürchtet. Dies sollte gemäß § 12 Abs. 6 BauNVO und § 23 Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen werden.</p> <p>Um wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung der Anregungen wird gebeten.</p>	<p>Die Festsetzungen im Bebauungsplan stellen sicher, dass die Einhaltung von Abstandsflächen gem. BauO NRW gewährleistet werden kann und keine Nutzungen oder Gebäude errichtet werden können, die den Regelungen der BauO NRW und des Nachbarrechtsgesetz NRW zuwiderlaufen. Vor dem Hintergrund, dass in Nachbarschaft zu Wohngebieten nur (nicht störende) gewerbliche Nutzungen zulässig sind (entsprechende einschränkende Regelungen wie z. B. Gliederung nach Abstandserlass, Emissionskontingentierung), wurde dem notwendigen Schutz der Wohnnutzung planerisch ausreichend Rechnung getragen.</p> <p>Gleichwohl wird der Anregung dahingehend entsprochen, dass auf den Teilflächen der Gewerbegrundstücke, die direkt an die Wohngebiete bzw. private Grünflächen grenzen, Container und Lagerflächen im Sinne von § 14 Abs. 1, Satz 3 BauNVO ausgeschlossen werden. Garagen nach § 12 BauNVO i.V.m. § 23 Abs. 5 BauNVO und § 12 Abs. 6 BauNVO sind nicht zulässig. Somit wird gewährleistet, dass keine Gebäude und Nutzungen entstehen können, die zwar aus immissionsschutzrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Gesichtspunkten unbedenklich sein würden, aber aus anderen Gründen, z. B. Gestaltung, eine städtebauliche Beeinträchtigung der Wohnnutzung darstellen könnten.</p>	<p>Die Anregung wird in Teilen berücksichtigt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
3	Name und Anschrift ist der Verwaltung bekannt	27.04.2018	<p>E-mail</p> <p>Es werden folgende Fragen und Anmerkungen gegeben:</p> <p>In den Dokumenten und Zeichnungen sei leider nicht ersichtlich, ob es eine Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs im Gewerbegebiet West III oder angrenzenden gibt.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Anbindung des Wohngebietes Heidt zur L 68 über die Verbindungsstraße zu erreichen ist und dieser Weg u.a. von sehr vielen Schülern benutzt wird, um an die Schulbushaltestelle der L 68 zu gelangen. Es wird dargelegt, dass die Straße so schmal ist, dass nur ein Pkw im oberen Bereich fahren kann. In der Stellungnahme zum Verkehrsaufkommen ist dieser Bereich nicht betrachtet worden. Aus Sicht des Einwenders ist es jedoch sehr wahrscheinlich, dass sehr viele Fahrzeuge diese Zuleitung zum Gewerbegebiet West III nutzen werden (Fahrzeuge aus Richtung Wermelskirchen und Kobeshofen). Ein Rückstau der Fahrzeuge aus dem Wohngebiet kommend sei ebenfalls zu erwarten. Es wird nachgefragt, ob die Planung eine Erweiterung des Straßenabschnitts vorsieht oder eine mindestens eine ausreichende Beleuchtung? Ansonsten werden Unfälle mit Kind und Pkw/Lkw befürchtet.</p>	<p>Stellungnahme der Verwaltung vom 11.05.2018 (Zitat):</p> <p>„Zunächst möchten Sie mit Ihrer ersten Frage wissen, ob es eine Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs im Gewerbegebiet West III gibt. Die Erreichbarkeit durch den öffentlichen Personennahverkehr ist gegeben. Durch die bestehenden Bushaltestellen „Kammerforsterhöhe“ (Linie 261) und die Bushaltestelle an der Einmündung Industriestraße (Linie 336) wird der Bedarf aus unserer Sicht abgedeckt. Hier verweise ich Sie auch gerne auf die Begründung zum Bebauungsplanentwurf, welche Sie ebenfalls bei den zum Download bereitgestellten Dokumenten finden. Den entsprechenden Absatz können Sie dem Kapitel 5.7 „Öffentliche Verkehrsflächen“ entnehmen.</p> <p>In Ihrer zweiten Frage möchten Sie wissen, ob die Planung vorsieht, den Abschnitt der Straße Heidt zur L 68 zu erweitern oder mit Beleuchtung auszustatten.</p> <p>Die Straße Heidt liegt nicht mehr im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 76, so dass die konkreten Planungen des Verfahrens diesen Bereich nicht mehr umfassen. In dem Bebauungsplanentwurf ist jedoch das Planfeststellungsverfahren zur B 237n berücksichtigt, welches Ihre Frage aufgreift. Bei Fertigstellung der B 237n würde die Planstraße 1, die momentan in einer Sackgasse endet, geöffnet werden, sodass eine Verbindung zum geplanten Kreisverkehr (L 68/K5/B273) entsteht. Ein Ausbau der Straße Heidt ist in das Planfeststellungsverfahren eingeschlossen.</p>	

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
3				<p>Zudem möchte ich auf Ihre Befürchtung eingehen, dass die Straße Heidt über die Planstraße 9 als mögliche Zuwegung zum Gewerbegebiet genutzt werden könnte.</p> <p>Ausgehend von den Zahlen der ergänzenden Zählung zu den Schalldaten im Bestand, die ebenfalls unter den Dokumenten im Internet zu finden ist, ist bei Umsetzung der Planung nur mit einem unerheblich erhöhten Kraftfahrzeuge-Aufkommen an dieser Stelle zu rechnen. Der von Ihnen bereits erwähnte schmale Ausbau der Straße unterstreicht diese Zahlen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Straße (insbesondere vom Schwerlastverkehr) nicht als alternative Zuwegung genutzt wird. Sollte sich diese Annahme nicht bestätigen, ist die Verwaltung ebenfalls daran interessiert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.</p> <p>Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen zu Ihrer Zufriedenheit beantworten konnte und gehe davon aus, dass es sich bei Ihren Fragen nicht um eine offizielle Stellungnahme im Rahmen des § 3 (2) BauGB handelt. Sollte ich mit dieser Annahme falsch liegen und Sie erbitten ein förmliche Aufnahme Ihrer Stellungnahme in das Planverfahren, bitte ich um eine kurze Rückmeldung und um die Nennung Ihrer vollständigen Anschrift.“</p>	

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
3			<p>Der Einwender antwortet am selben Tag, dass die Antwort der Verwaltung leider nicht seinen Erwartungen und Erfahrungen entspricht. Er lese nur eine allgemeine Zusammenfassung ohne konkrete Aussagen.</p> <p>Des Weiteren ist er der Ansicht, dass der geplante Kreisverkehr an der L 68 in der Stellungnahme zum überörtlichen Verkehrsaufkommen und zum Verkehrslärm nicht genehmigt sei.</p> <p>Zitat:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Über die gepl. Neuanbindung hinaus werden keine weiteren Zufahrten oder Zugänge zur B 237 bzw. zur B 237n oder zur L 68 hin gestattet. - An der südlichen Grenze des B-Planes ist eine weitere verkehrliche Anbindung des B-Plangebietes an die Stadtstraße Heidt vorgesehen. Eine alternativ vorstellbare Anbindung an den im Zuge des lfd. Planfeststellungsverfahrens der B 237n gepl. Kreisverkehr der B 237 mit der Landesstraße Nr. 68 wird auf Dauer nicht zugelassen. <p>Es ist zeitlich nicht absehbar, wann der Bau der B 237n gestartet wird.</p> <p>Es wird darum gebeten, diese Fragen im Rahmen des § 3 (2) BauGB förmlich in das Verfahren aufzunehmen.</p>	<p>Die Kritik des Einwenders kann an dieser Stelle nicht nachvollzogen werden. Aus folgenden Gründen:</p> <p>Die Frage nach der Versorgung mit öffentlichem Personennahverkehr wurde damit beantwortet, dass durch die bestehenden Bushaltestellen „Kammerforsterhöhe“ (Linie 261) und an der Einmündung Industriestraße (Linie 336) ein bedarfsgerechtes Angebot am öffentlichen Personennahverkehr vorhanden ist.</p> <p>Auch der Hinweis bzw. die Frage zur Ausgestaltung der Straße Heidt zur L 68 wurde vollumfänglich beantwortet. Die Fakten hierzu sind zusammenfassend folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Straße Heidt liegt nicht im Geltungsbereich des BP Nr. 76, so dass hier keine konkreten Planungen (Erweiterung, Beleuchtung) im Rahmen dieses Bebauungsplanverfahrens erfolgen. Gleichwohl berücksichtigt der Bebauungsplan die Inhalte des Planfeststellungsverfahrens zur B 237n. ▪ Bei Fertigstellung der B 237n würde die Planstraße 1, die momentan in einer Sackgasse endet, geöffnet werden, so dass eine Verbindung zum geplanten Kreisverkehr (L 68/K5/B273) entsteht. Ein Ausbau der Straße Heidt ist in dem Planfeststellungsverfahren vorgesehen. 	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt. Die Planung wird auf der vorliegenden Grundlage weitergeführt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschluss-empfehlung
4				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufgrund der gutachterlichen Prüfung und Einschätzung ist nicht mit einem solchen Anstieg des Verkehrsaufkommens auf der Straße Heidt zu rechnen, dass erhebliche Beeinträchtigungen (Umwelt und Verkehrssicherheit) eintreten werden. Die Befürchtungen des Einwenders (Rückstau, Unfälle mit Kindern) werden aufgrund der gutachtlich ermittelten Verkehrsbelastungsdaten an dieser Stelle nicht geteilt. <p>Der Einwender ist zudem der Auffassung, dass der geplante Kreisverkehr an der L 68 nicht genehmigt sei und zitiert hier aus der Stellungnahme des Landesbetriebs Straßen NRW vom 23.03.2017. Der Einwender verkennt allerdings, dass der Kreisverkehr an der L 68 Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zur B 237n ist. Die Ausführungen von Straßen NRW beziehen sich auf die Nichtzulassung weiterer Zufahrten auf die B 237, B 237n und L 68. Dies wird im Bebauungsplan berücksichtigt. Auch ist die Forderung von Straßen NRW, keine andere alternative Anbindung an die L 68 zu planen, im Bebauungsplan berücksichtigt. Eine optionale Anbindung des Gewerbegebietes über die Öffnung der Planstraße 1 würde nur über die Straße Heidt erfolgen und nicht direkt an die B 237, B 237n oder L 68. Den Bedenken des Einwenders wird daher nicht gefolgt.</p> <p>Der Hinweis, dass der Baubeginn der B 237n nicht absehbar ist, wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung des Bebauungsplans steht aber nicht in Abhängigkeit zum Baubeginn der B 237n.</p>	

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
4	Werbegemeinschaft Hückeswagen	24.05.2018	<p>1. Die Werbegemeinschaft legt großen Wert darauf, dass der Einzelhandel in der Innenstadt durch das neue Baugebiet West III nicht geschwächt wird.</p> <p>Überlegungen, die in der Vergangenheit mit dem Ziel aufgestellt wurden, Lebensmittel- oder Getränkemärkte anzusiedeln, werden nach wie vor abgelehnt.</p> <p>Die Beschränkung auf nicht-zentrenrelevante Sortimente muss bestehen bleiben. Die Flächen, auf denen nicht-zentrenrelevante Sortimente zulässig sind, dürfen nicht über das im Planentwurf vorgesehene Maß hinaus ausgedehnt werden.</p> <p>2. Die Verwaltung wird aufgefordert, nach Bebauung des Geländes, die ggf. vorhandenen Einzelhandelsbetriebe auf die Einhaltung der Sortimentsbegrenzung zu überwachen.</p>	<p>Zu 1. Die Umsetzung der Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 76 „Gewerbegebiet West III“ stellen sicher, dass keine Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten im Plangebiet angesiedelt werden. Dies entspricht auch den Empfehlungen des vom Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzepts aus dem Jahr 2009, hier keine zentren- und keine nahversorgungsrelevanten Verkaufsflächen anzusiedeln. Des Weiteren stellen die Festsetzungen des Bebauungsplans sicher, dass nur in bestimmten Teilflächen Betriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten zulässig sind. Dies begründet sich mit dem Bedarf an solchen Betrieben, der in Hückeswagen besteht. Gleichwohl wird dem Schutz der zentralen Versorgungsbereiche Rechnung getragen. Den Interessen der Werbegemeinschaft, den Einzelhandel in der Innenstadt durch die vorgelegte Planung nicht zu schwächen, wird somit entsprochen.</p> <p>Zu 2.) Die Prüfung und Genehmigung der ansiedlungswilligen Betriebe und Bauvorhaben erfolgt in den nachfolgenden Verfahren durch das Bauordnungsamt. Konkrete Kontrollen, ob die bau- und planungsrechtlichen Vorschriften auch eingehalten werden, sind nicht vorgesehen.</p> <p>Die Verantwortung zur Einhaltung der baurechtlichen Vorschriften liegt alleine beim Bauherren.</p> <p>Sollten der Werbegemeinschaft durch selbständige Besichtigung jedoch Unstimmigkeiten auffallen, darf die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Planung wird auf der vorliegenden Grundlage weitergeführt.</p>

ID Nr.	Einwender	Datum	Stellungnahme Anregungen	Stellungnahme Verwaltung	Beschlussempfehlung
4				Diese wird dann die weiteren notwendigen Schritte einleiten, da es auch im Interesse der Verwaltung liegt, dass die Ansiedlung von Einzelhandel ausschließlich auf Grundlage der erteilten Genehmigung erfolgt und die Restriktionen hinsichtlich zentrenrelevanter Sortimente beachtet und eingehalten werden.	

Hückeswagen, den2018

Im Auftrag

.....
Andreas Schröder